

Landeshauptstadt Wiesbaden | Amt 16 | Postfach 39 20 | 65029 Wiesbaden

Amt der Stadtverordnetenversammlung

Schlossplatz 6*
65183 Wiesbaden
Sachbearbeiter Herr Morbe
Telefon: 0611 31-3314

Tagesordnung der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13. Februar 2025

Umsetzung auf die TO I

Fehlanzeige

Anträge, Anlagen, Beschlüsse, Stellungnahmen

1/7 Nachgereichter Antragstext zum Antrag Grüne, SPD, Die Linke und Volt

Protokollerklärungen und Abstimmungsverhalten

Es liegen Protokollerklärungen von CDU, AfD, FWG/Pro Auto und BLW/ULW/Wardak vor (s. Anlagen).

Allgemeine Hinweise

Jeder/jede Mandatsträger/in ist zu jedem Punkt verpflichtet zu prüfen, ob ein Widerstreit der Interessen vorliegt. Ist diese Möglichkeit gegeben, so ist dies anzuzeigen und der Sitzungssaal zu verlassen. Eine Teilnahme als Zuhörer/Zuhörerin ist nicht zulässig. Zu den Bauleitplanungen kann im Amt der Stadtverordnetenversammlung Einsicht in die entsprechenden Pläne genommen werden.









An den Stadtverordnetenvorsteher Dr. Gerhard Obermayr über Amt 16, im Hause

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13.02.2025

Für mehr Wohnraum: Leerstandsgesetz in Wiesbaden umsetzen

Den Leerstand von Wohnraum zu verhindern ist seit Jahren ein Thema in unserer Stadt, denn Wiesbaden gehört zu den Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt. Bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen, ist in dieser Zeit eine der wichtigsten Aufgaben von Politik und Verwaltung und im Ballungsraum herausfordernd. Auch durch die Umwandlung in Ferienwohnungen geht Wohnraum verloren. Zudem droht aktuell das Auslaufen der Mietpreisbremse bis November 2025.

Zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum gibt es keine Patentlösung. Die Verhinderung von spekulativem Leerstand gehört in diesen Instrumentenkasten. Laut Zensus 2022 stehen z.B. in Wiesbaden nahezu 5000 Wohnungen leer. Bislang hatten die Kommunen aber keine Rechtsgrundlage, um auf spekulativen Leerstand einzuwirken. Laut dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) sollte das Leerstandsgesetz sogar flächendeckend gelten.¹ Durch das neue Leerstandsgesetz, das die Hessische Landesregierung auf den Weg gebracht hat, erhalten diese nun die Möglichkeit, in eigener Zuständigkeit und unter Berücksichtigung von örtlichen Belangen entsprechende Satzungen durch die Stadtverordnetenversammlungen beschließen zu lassen. Die Wohnungsnot kann nur gelindert werden, wenn wir auch dieses neue Instrument nutzen.

¹ https://www.hessenschau.de/politik/bussgeld-bis-500000-euro-in-hessen-kann-leerstand-von-wohnungen-bald-teuer-werden-v4,wohnungen-leerstand-hessen-100.html









Auch der DGB Wiesbaden - Rheingau-Taunus bekräftigte, dass der vorgestellte Gesetzentwurf ein "wichtiger Baustein zur Bekämpfung unbegründeten Wohnungsleerstandes" ist. "Nun muss die Landeshauptstadt Wiesbaden zeitnah nachziehen, um mehr bezahlbaren Wohnraum auf den Markt zu bringen", so der Vorsitzende Sascha Schmidt.

Wir wollen uns bereits jetzt aktiv vorbereiten und ergänzend auch die Umwidmung in Ferienwohnungen begrenzen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass auch in Hessen die Mietpreisbremse verlängert wird.

Daher möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt den Gesetzentwurf der Hessischen Landesregierung zur Bekämpfung des spekulativen Leerstandes.

Der Magistrat wird gebeten:

- auf Grundlage des vorliegenden Entwurfes vorbereitend mit der Erarbeitung eines Satzungsentwurfes zur Bekämpfung des Leerstandes in Wiesbaden zu beginnen, so dass die Stadtverordnetenversammlung darüber zügig nach Inkrafttreten des Gesetzes (geplant ist November 2025) entscheiden kann.
- 2. die notwendigen Ressourcen und finanziellen Mittel zur Überwachung der Einhaltung dieser Vorschrift zu erheben und den Stadtverordneten zu den Haushaltsverhandlungen zur Beschlussfassung vorzulegen.
- 3. auf die Hessische Landesregierung dahingehend einzuwirken, dass sie sich der Initiative von bislang sechs Bundesländern zur nahtlosen Verlängerung der Mietpreisbremse anschließt, die andernfalls in Hessen spätestens im November 2025 ausläuft.









4. zu berichten,

- a) wie sich die Zahl der Anträge auf Umwandlungen von Wohnraum in Ferienwohnungen und der Bestand an Ferienwohnungen in Wiesbaden über die letzten fünf Jahre entwickelt haben.
- b) welche Möglichkeit zur Steuerung und Begrenzung der Umwandlung von Wohnraum in Ferienwohnungen er durch die Einführung einer Satzung gem. §12a des Hessischen Wohnungsaufsichtsgesetzes nach dem Vorbild anderer Städte (wie Frankfurt) sieht.

Gesine Bonnet/Johannes Luderschmidt

Fraktionsvorsitzende, B90/Grüne

Silas Gottwald

Fraktionsvorsitzender, SPD

Ingo von Seemen

Fraktionsvorsitzender, Fraktion Die Linke

Janine Maria Vinha

Fraktionsvorsitzende, Volt

Felix Kisseler

Fraktionsgeschäftsführer, B90/Grüne

Silas Gottwald

Fraktionsgeschäftsführer, SPD

Pascal Wolf

Fraktionsreferent, Fraktion Die Linke

Sascha Kolhey

Fraktionsgeschäftsführer, Volt



CDU Rathausfraktion • Schlossplatz 6 • 65183 Wiesbaden

CDU-Rathausfraktion | Schlossplatz 6 | 65183 Wiesbaden

Rathausfraktion Schlossplatz 6 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611-31 21 59 Telefax: 0611-315910

Wiesbaden, 13. Februar 2025

An den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung Herr Dr. Gerhard Obermayr

Umdruck zur Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 13. Februar 2025

A. Umsetzungswünsche

B. Protokollerklärungen / Abstimmungsverhalten

I. Protokollerklärungen

- 24-V-51-0024 Wohnungsbauprogramm 2024 "Die CDU-Fraktion stimmt mit "Enthaltung". Selbstverständlich muss es eine Sitzungsvorlage zu diesem Thema geben und es werden geförderte Wohnungen benötigt. Da wir jedoch die Anteile der geförderten Wohnungen für zu hoch halten (insbesondere, weil oftmals nur Förderung für geringe Einkommen angeboten wird), können wir der Sitzungsvorlage nicht zustimmen."
- 24-V-41-0018 Standortoptionen kuenstlerhaus43 "Die CDU-Fraktion lehnt die Sitzungsvorlage ab, da diese eine Entscheidung über die Zukunft des kuenstlerhaus 43 auf unbestimmte Zeit in die Zukunft verschiebt. Zudem wird das Vorgehen des Magistrats in dieser Angelegenheit den Nöten des Theaters in keiner Weise gerecht."

II. Abstimmungsverhalten

Tagesordnung II

Die CDU-Fraktion stimmt mit Enthaltung zu folgendem Tagesordnungspunkt:

24-V-51-0024 Wohnungsbauprogramm 2024 II/7

Tagesordnung IV

Die CDU-Fraktion stimmt mit Ablehnung zu folgendem Tagesordnungspunkt:

• IV/9 24-V-41-0018 Standortoptionen kuenstlerhaus43



Wiesbaden, 11.02.2025

Protokollnotiz der AfD-Fraktion zur STVV am 13.02.2025

ÄNDERUNGEN ZUR TAGESORDNUNG I

- Vorschläge zur Umsetzung keine
- 2. Vorschläge zur Absetzung Keine

PROTOKOLLERKLÄRUNGEN / ABSTIMMUNGSVERHALTEN DER AFD-FRAKTION

- 3. Protokollerklärungen der AfD-Fraktion zu folgenden Tagesordnungspunkten
- 4. Abstimmungsverhalten
 - 4.1 Tagesordnung II

Die AfD-Fraktion stimmt mit Ablehnung zu folgenden Tagesordnungspunkten:

• II/18. Rechtsschutz für Ortsbeiratsmitglieder sicherstellen

25-F-63-0001

Die AfD-Fraktion stimmt mit Enthaltung zu folgenden Tagesordnungspunkten:

II/17. Erbbauzins Konzeptvergabe

25-F-22-0013

5.2 Tagesordnung III

<u>Die AfD-Fraktion stimmt mit Enthaltung zu folgenden Tagesordnungspunkten:</u>

III/2. Ergebnis der Prüfung des Gesamtabschlusses der LHW zum...

24-V-14-0002

5.3 Tagesordnung IV

<u>Die AfD-Fraktion stimmt mit Ablehnung zu folgenden Tagesordnungspunkten:</u>

IV/10. Photovoltaikanlage RMCC – Dach der Halle Süd

24-V-82-0007

Die AfD-Fraktion stimmt mit **Enthaltung** zu folgenden Tagesordnungspunkten:

•	IV/3.	GWI Gewerbeimmobilien GmbH – Anpassung des Gesellsch	24-V-05-0033
•	IV/4.	Bürgschaft Nr. 669 – Übernahme einer modifizierten Ausfall	24-V-20-0054
•	IV/5.	Bürgschaft Nr. 673 – Übernahme einer modifizierten Ausfall	24-V-20-0058
•	IV/9.	Standortoptionen kuenstlerhaus43	24-V-41-0018
•	IV/11	Beihilferechtliche Neuordnung der Finanzierung der TriWiCon	24-V-82-0013

5. Anlagen, Beschlüsse, Stellungnahmen

Werden von Amt 16 gesammelt

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Beckmann Büroleiter AfD-Rathausfraktion Wiesbaden



Schloßplatz 6
65183 Wiesbaden
fraktion@fwg-proauto.de
fraktionsgemeinschaft.fwg-proauto.de

Fraktion FWG / Pro Auto, Schloßplatz 6, 65183 Wiesbaden

An den Stadtverordnetenvorsteher Herrn Dr. Gerhard Obermayr

über Amt 16

Wiesbaden, den 11.02.2025

Fraktion FWG / Pro Auto Abstimmungsverhalten zur Stadtverordnetenversammlung am 13.02.2025

Sehr geehrter Herr Dr. Obermayr,

wir bitten Sie unser folgendes Abstimmungsverhalten zu berücksichtigen:

Tagesordnung II

TOP 15: **24-V-82-0003** – Jahresabschluss 2023 des Eigenbetriebes TriWiCon Die Fraktion stimmt mit **Enthaltung**

Tagesordnung IV:

TOP 1: **24-F-16-0016** – Der Fall Ralph Schüler und die finanziellen Auswirkungen auf die Stadt

Die Fraktion stimmt mit Enthaltung

TOP 6: **24-V-20-0061** – Zinsrisikomanagement – Sachstandbericht II/2024 Die Fraktion stimmt mit **Enthaltung** TOP 9: **24-V-41-0018** – Standortoptionen Künstlerhaus 43 Die Fraktion stimmt mit **Enthaltung**

TOP 11: **24-V-82-0013** – Die Fraktion stimmt mit **Enthaltung**

Mit freundlichen Grüßen Christian Bachmann Fraktionsvorsitzender

Andreas Ott Fraktionsgeschäftsführer

BLWULWWardak

Rathausfraktion

BLW/ULW/Wardak Rathausfraktion Schloßplatz 6, 65183 Wiesbaden

Herrn Stadtverordnetenvorsteher Gerhard Obermayr - Im Hause -

BLW/ULW/Wardak

Rathausfraktion

Rathaus Zimmer 306 Schloßplatz 6 65183 Wiesbaden

Fraktionsvorsitzende: Renate Kienast-Dittrich Stellv. Fraktionsvorsitzende: Veit Wilhelmy, Faissal Wardak

Telefon: 0611 313303 / 313309

Fax: 0611 315999

Mail: blw-ulw-big@wiesbaden.de

Wiesbaden, den 11.02.2025

Sehr geehrter Herr Obermayr, wir möchten Ihnen folgende Mitteilung der Fraktion BLW/ULW/Wardak zur Kenntnis geben:

1. Protokollerklärungen

Zu II/16: Wir möchten, dass die Stadtverordneten bei einem Neubau des Bades halbjährlich über die Kostenentwicklungen bzw. Kostensteigerungen informiert werden.

2. Abstimmungsverhalten

2.1 Tagesordnung II

2. 2 Tagesordnung IV

Renate Kienast-Dittrich Fraktionsvorsitzende i.A. Andrea Monzel Fraktionsreferentin